

Wirtschaftsstrafrecht der Schweiz

Hand- und Studienbuch

Jürg-Beat Ackermann (Hrsg.)

2. Auflage



Stämpfli Verlag

Das Wirtschaftsstrafrecht ist eine dynamische, faszinierende und stark fachübergreifende Disziplin. Die 1. Auflage des vorliegenden Werkes erfreute sich grosser Beliebtheit, was bereits diese Neuauflage notwendig macht.

Auch diese 2. Auflage versteht sich konzeptionell als Hand- und Studienbuch.

In dieser Kombination werden über eine Einführung und Systematisierung fürs Studium hinaus gerade auch der Praxis Nachschlagemöglichkeiten und zahlreiche fachliche Vertiefungen geboten. Eine solch umfassende Darstellung ist für die Schweiz unikal.

Alle Autorinnen und Autoren befassen sich beruflich intensiv mit dem Wirtschaftsstrafrecht und seiner Anwendung, was das Werk besonders praxisnah macht.

Es wendet sich an alle, die sich beruflich, im Studium oder privat mit dem Wirtschaftsstrafrecht befassen, z.B. an Anwältinnen, Handels- und Wirtschaftsrechtler, Finanzmarktexpertinnen, Legal & Compliance Services, Vermögensverwalter, Treuhänderinnen, Wirtschaftspolizisten, Staatsanwälte, Richterinnen, unternehmensinterne Untersuchende, Unternehmensjuristinnen, Compliance-Officer, Verbandsjuristen, Behörden, Verwaltungen und Forensic Services, Studierende und weitere Interessierte.

Jürg-Beat Ackermann
Dr. iur., Professor an der Universität Luzern

(Herausgeber)

Wirtschaftsstrafrecht der Schweiz

Hand- und Studienbuch

2. Auflage

Jennifer Portmann, MLaw
(Koordination)



Stämpfli Verlag

Zitiervorschlag:

NIGGLI/RIEDO, Kartellstrafrecht, in: Ackermann (Hrsg.), Wirtschaftsstrafrecht der Schweiz
2. Auflage, Bern 2020, § ... N ...

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2021
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-1673-2

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-1660-2



*In Erinnerung an
Günter Heine*

Vorwort zur zweiten Auflage

Das vorliegende Buch «Wirtschaftsstrafrecht der Schweiz» wurde in seiner Erstaufgabe erfreulich gut aufgenommen. Sein Gegenstand hat seither zahlreiche Entwicklungen durchlaufen und Ergänzungen erfahren. Beides legt diese Neuauflage nahe. Erfreulich ist auch, dass sich praktisch das ganze Autorenteam der Erstaufgabe auch in der Zweitaufgabe wieder engagiert hat. Als Neuaufgaben bzw. Neuaufgaben wirken zusätzlich mit: Herr Prof. Dr. iur. Bernd Hecker, Universität Tübingen, Co-Aufgabe des § 2 «Europäisches Wirtschaftsstrafrecht – und die Schweiz», Frau Dr. iur. Charlotte Schoder, Obergericht des Kantons Zürich, Co-Aufgabe von § 16 «Insolvenzstrafrecht», Herr Prof. Dr. iur. Stefan Maeder, Universität Luzern, Aufgabe von § 18 «Rechnungslegungsstrafrecht», sowie PD Dr. iur. Damian K. Graf, LL.M., Universität Zürich, Aufgabe des § 26 «Cyber Economic Crimes».

Auch diese zweite, neu überarbeitete Auflage ist Günter Heine gewidmet, dem Freund und höchst inspirierenden, wissenschaftlichen Kollegen. Das Grobkonzept für die Erstaufgabe haben wir noch zusammen entwickelt. Am Feinkonzept und der Text- und Buchproduktion der Erstaufgabe selber konnte sich Günter Heine aber bereits nicht mehr beteiligen. Im Zusammenhang mit dieser Zweitaufgabe mussten nun wiederum zahlreiche neue organisatorische und inhaltliche Entscheidungen getroffen werden. Deshalb schien es uns angebracht, dass der Unterzeichnende nun auch die gesamte herausgeberische Verantwortung übernimmt – Frau Iris Pfitzer-Heine danke ich für ihr Vertrauen.

Danken möchte ich auch allen Autorinnen und Autoren für deren starkes und uner müdliches Engagement in dieser zweiten Auflage. Mein besonderer Dank gilt Frau MLaw Jennifer Portmann, der Koordinatorin dieses Buches. Sie hat mit beeindruckendem Geschick und höchster Sorgfalt sehr umsichtig erreicht, dass wir dieses Werk trotz Covid-19 aus einem Guss und «just in time» fertigstellen konnten – herzlichen Dank! Die ersten formalen Vereinheitlichungsarbeiten an meinem Lehrstuhl übernahmen MLaw Jennifer Portmann, Rechtsanwalt MLaw Jascha Zalka, MLaw Ylber Hasani und MLaw Anna-Barbara Steinmann. Auch ihnen vielen Dank. Ein letzter Dank geht an den Stämpfli Verlag, Bern, insbesondere an Herrn Fürsprecher Stefan Grieb und Frau MLaw Sandra Hadorn, für jede Unterstützung.

Luzern, im November 2020

Jürg-Beat Ackermann

Vorwort zur ersten Auflage

Dieses Buch geht zurück auf eine Idee von Günter Heine und mir. Im Jahre 2009 entwickelten wir an verschiedenen, unvergessenen Sitzungen dieses neuartige Buch-Konzept – zunächst zu zweit und dann gemeinsam mit allen Autorinnen und Autoren in der legendären Sitzung in der Artistenbar an der Universität Luzern. Wir wollten das Wirtschaftsstrafrecht der Schweiz für die Praxis und das Studium tiefer und vernetzter durchdringen. Günter Heine, dem ausgewiesenen Spezialisten für Wirtschaftsstrafrecht, war es allerdings nicht vergönnt, auch nur eine (wissenschaftliche) Zeile zu diesem Buch beizutragen. Er verstarb für uns alle unfassbar am 25. Juni 2011. Verschiedene Autorinnen und Autoren übernahmen spontan Teilgebiete, die ursprünglich Günter Heine hätte bearbeiten wollen, sodass das Buch nun zur grossen Freude tatsächlich erscheinen kann. Es sei unserem lieben Freund und dem beeindruckenden Rechtswissenschaftler Günter Heine gewidmet, der immerhin noch in folgenden Zeilen zu Wort kommen soll, die wir damals 2009 gemeinsam an die Autorenschaft richteten:

«Das Wirtschaftsstrafrecht gewinnt auch in der Schweiz immer mehr an praktischer Bedeutung. Diese wird noch steigen, nimmt man die internationale und insbesondere die europäische Entwicklung als Massstab, der sich die Schweiz aus vielerlei Gründen nicht entziehen kann. Mit diesem gewachsenen Stellenwert korrespondiert zwangsläufig, dass Bereiche in den Blickpunkt der Praxis rücken, die im Nebenstrafrecht bislang ein stiefmütterliches Dasein fristen konnten. Zugleich werden die Zusammenhänge komplexer. Dies rührt daher, dass insbesondere im Nebenstrafrecht eine Abhängigkeit der Sanktionstatbestände zum nationalen Zivil- und Verwaltungsrecht besteht und zudem sowohl vom Gesetzgeber als auch von den Gerichten die europäische und internationale Entwicklung im Auge behalten werden muss.

Mit dieser gestiegenen Bedeutung hat die wissenschaftliche Befassung bislang nur in Teilbereichen Schritt gehalten. Vor allem sind es die Unübersichtlichkeit und Komplexität des heutigen Wirtschaftsstrafrechts, die im Wege dieses Hand- und Studienbuches erhellt werden sollen. Hinzu kommen neuartige Fragestellungen. In dem Bemühen, solche Lücken zu füllen, möchte sich dieses Buch als Mittler zwischen Praxis und Theorie verstehen und gegenseitig Anstösse geben. Dieser Ansatz spiegelt sich auch im Bearbeiterkreis wider. Er umfasst neben Professoren der Rechtswissenschaft, die sich intensiv mit Wirtschaftsstrafrecht befassen, auch Angehörige (...) der Anwaltschaft.

Das Buch wendet sich an alle, die mit wirtschaftsstrafrechtlichen Fragestellungen konfrontiert sind, sei es in der Ausbildung als Student oder Studentin der Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften, sei es berufsmässig als Rechtsanwältin, Leiter einer Rechtsabteilung in Unternehmen, Verbänden und Behörden, als Staatsanwalt oder Richterin.»

Nur mit grossem Einsatz vieler, vorab der Autorinnen und Autoren, denen ich auch für das grosse Vertrauen und die Geduld nur danken kann, konnte dieses ambitionöse Projekt nun gelingen. Mein besonderer Dank gilt MLaw Fabio Manfrin, der sehr klug und mit psychologischem Feingefühl die ausserordentlich effiziente Koordination in diesem Projekt übernahm. Diesen Dank verdienen auch meine wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter MLaw Stephanie Zehnder, MLaw Zhuoli Chen, MLaw Adrian Berlinger, MLaw Diego Langenegger, MLaw Ines Wiederkehr sowie BLaw Lars Fischer für deren unermüdlichen Einsatz an den Texten. Sie alle haben viel entbehrt und Ausserordentliches geleistet – herzlichen Dank!

Dieses Hand- und Studienbuch kann durch kritische Hinweise aus dem Kreis der Lesenden nur gewinnen. Weiterführende Anregungen jeglicher Art sind daher stets willkommen und können gerne über die E-Mail-Adresse

wirtschaftsstrafrecht@unilu.ch

erfolgen.

Luzern, den 1. Juni 2013

Jürg-Beat Ackermann

Konzeption

Konzeptionell versteht sich die vorliegende Darstellung als Hand- und Studienbuch. Mit dieser Kombination ist das Bemühen verbunden, über eine Einführung und Systematisierung für den Einstieg und das Studium hinaus auch der Praxis Nachschlagsmöglichkeiten und weitere Hinweise zu bieten. Entsprechend dieser Ausrichtung wird nicht die Detailfreude eines Kommentars oder der reine «Verbrechens-Aufbau» eines Lehrbuches angestrebt.

Das Buch will vielmehr den Bezug einer Regelung zu den wirtschaftlichen Abläufen und ggf. zur Wirtschaftswissenschaft sowie deren Einbettung ins nationale wie internationale bzw. europäische Rechtssystem betonen. Den Anfang aller Überlegungen bilden regelmässig die gesetzgeberischen Grundgedanken hinter einer Norm bzw. eines Normgefüges, also die zugrundeliegenden Schutzzwecke und Wertungen. Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, dass sich viele wirtschaftsstrafrechtliche Probleme und Schwierigkeiten nur unter Einbezug eben dieser zentralen Hintergründe lösen lassen, die im Wortlaut des Gesetzes oft nur unvollkommen zum Ausdruck kommen. Damit wird ein erstes, wesentliches Anliegen des Buches unterstrichen: Es geht gezielt darum, die Zusammenhänge im jeweiligen Themengebiet mit Blick auf die wichtigsten rechtlichen und wirtschaftlichen bzw. faktischen Prämissen und Probleme aufzuzeigen.

Die Verbindung von Praxis und Theorie ist das zweite grosse Anliegen. Die praktischen Fragen, die praktische Bedeutung der Normen und die Echtfälle erhalten deshalb einen besonderen Stellenwert.

Das einbändige Buch besteht aus drei Teilen. Der Erste Teil befasst sich mit den Grundlagen (§ 1) sowie dem Europäischen Wirtschaftsstrafrecht und dessen Auswirkungen auf die Schweiz (§ 2). Der Zweite Teil ist den Fragen des Allgemeinen Teils des Wirtschaftsstrafrechts (§§ 3 ff.) gewidmet. Der Dritte, letzte und weitaus grösste Teil (Besonderer Teil) hat die verschiedenen Bereiche des Wirtschaftsstrafrechts zum Gegenstand, wie etwa die Allgemeinen Vermögensdelikte (§ 13), das Finanz- und Kapitalmarktstrafrecht (§ 14) etc.

Im Ersten und Zweiten Teil verbietet sich die identische Gliederung der Einzelbeiträge wegen inhaltlicher Unterschiede. Für den Dritten Teil gilt dagegen in der Regel folgende

Grobgliederung:

I. Einleitung, Übersicht und praktische Bedeutung

- **Einleitung**, welche die Leserinnen und Leser an das entsprechende Strafrechtsgebiet heranführt.
- **Übersicht und Eingrenzung** darüber, was alles behandelt bzw. was nicht behandelt wird und welche **Gewichtungen** vorgenommen werden.
- Praktische Bedeutung der Normen.

II. Internationale, europäische und schweizerische Rahmenbedingungen

- **Besonderheiten** mit Blick auf die **internationalen und europäischen Vorgaben** und deren gezielte (Nicht-)Umsetzung in der Schweiz.

Beispiel: Bei der Unternehmensstrafbarkeit auf der internationalen Ebene werden Straftaten von bestimmten Leitungspersonen quasi automatisch der juristischen Person zugerechnet, anders bei Art. 102 StGB.

- Zusammenhänge zu anderen Rechtsgebieten innerhalb der Schweiz (Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Zivilrecht usw.).

Beispiel: Das Urheberstrafrecht dient der strafrechtlichen Absicherung des zivilen Urheberrechts, weshalb die zivilrechtlichen Begriffe des URG grundsätzlich auch im Urheberstrafrecht gelten.

III. Rechtsgüterschutz

- Geschützte Rechtsgüter.
- Auswirkungen dieser Schutzrichtung.

Beispiel: Art. 305^{bis} StGB schützt auch den ausländischen Einziehungsanspruch.

IV. Strafbarkeitsvoraussetzungen und Grundgedanken

- Mit den «Grundgedanken» soll ein didaktisches Anliegen des Buches unterstrichen werden; es geht darum, die wichtigsten Prämissen und Zusammenhänge des jeweiligen Fachgebiets (z.B. Geldwäschereistrafrecht) darzustellen und damit aufzuzeigen, welche **Grundgedanken** und **Konzeptionsideen** des Gesetzgebers hinter der entsprechenden Regelung stehen.

Beispiel: Betrug ist ein Vermögensverschiebungsdelikt (BGE 134 IV 210, 213 f.), d.h. ... Davon sind eventuell kriminalpolitische Motive abzugrenzen, die im Gesetz gar nicht zum Ausdruck kommen.

- **Alle wesentlichen Voraussetzungen der Strafbarkeit** (objektiver Tatbestand, subjektiver Tatbestand, Rechtfertigungsgründe, Schuld, objektive Strafbarkeitsbedingungen und sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen) werden zumindest angesprochen, aber nur wirklich die praktisch besonders heiklen und relevanten vertieft durchdrungen. Während allgemeine AT-Fragen des Wirtschaftsstrafrechts im Zweiten Teil behandelt werden, können spezifische AT-Fragen direkt hier im BT besprochen werden.

V. Echtfälle

- Angesprochen werden einige interessante, komplexe, juristisch-tückische Einzelfragen in **Echtfällen**. Die Sachverhalte der Entscheide werden auf die als wesentlich angesehenen Problembereiche **beschränkt**. Gleiches gilt für die Rechtsfragen.
- Nennung der konkreten Sanktionen, falls verfügbar.

- Neben der reinen Dokumentation des Falles erfolgt in der Regel eine kurze **Auseinandersetzung bzw. Kommentierung**.
- Im Vordergrund stehen Echtfälle von Schweizer Gerichten und Behörden.

VI. Praktische Fragen/Fragen der Amts- und Rechtshilfe

- **Praktische** (meist auch strafprozessuale) **Schwierigkeiten** bei der Durchsetzung des materiellen Rechts.

Beispiel: Schwierigkeiten beim Nachweis der ausländischen Geldwäscherei-Vortat.

- **Strafverfolgungstaktiken und -schwierigkeiten, Verteidigungstaktiken und -schwierigkeiten**, Schwierigkeiten für die **Richterinnen und Richter**, Schwierigkeiten für die **Rechtsberatung**, ggf. unter Einbezug wichtiger Fragen der Amts- und Rechtshilfe im jeweiligen Gebiet.

VII. Schwächen und Reformen

- Dogmatische und praktische Schwächen des geltenden Rechts.
- Reformbestrebungen.
- Reformnotwendigkeiten.

Das Wirtschaftsstrafrecht der Schweiz ist eine vergleichsweise junge Disziplin, vieles wird kontrovers diskutiert und unterschiedlich gewichtet. Anstelle einheitlicher, schablonenhafter Darstellung ist die eigene Schwerpunktsetzung der Autorin/des Autors mit entsprechend selbst gesetztem Detaillierungsgrad gefragt, weshalb selbstredend nicht alle oben exemplarisch angeführten Unterpunkte immer behandelt werden. Auch ein gewisser Meinungspluralismus erscheint mit Blick auf die Dynamik des Rechtsgebiets nicht nur unvermeidlich, sondern ist geradezu gewollt.

Autorenverzeichnis

Jürg-Beat Ackermann, Prof. Dr. iur.

Professor an der Universität Luzern,
Rechtsanwalt

Urs R. Behnisch, Prof. Dr. iur.

em. Professor an der Universität Basel,
Rechtsanwalt

Andreas Eicker, Prof. Dr. iur.

Professor an der Universität Luzern,
Rechtsanwalt

Dieter Gessler, Dr. iur.

Rechtsanwalt in Zürich

Damian K. Graf, PD Dr. iur. LL.M.

Privatdozent an der Universität Zürich,
Rechtsanwalt

Bernd Hecker, Prof. Dr. iur.

Professor an der Universität Tübingen

Marianne Johanna Lehmkuhl, Prof. Dr. iur.

Professorin und Vizedekanin der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern

Stefan Maeder, Ass.-Prof. Dr. iur.

Assistenzprofessor an der Universität Luzern,
Rechtsanwalt

Simone Nadelhofer do Canto, Dr. iur., MAS ECI

Rechtsanwältin in Zürich

Marcel Alexander Niggli, Prof. Dr. iur.

Professor an der Universität Freiburg

Mark Pieth, Prof. Dr. iur.

em. Professor an der Universität Basel,
Extraordinary Professor at the University of the
Western Cape (South Africa), Rechtsanwalt

Christof Riedo, Prof. Dr. iur.

Professor an der Universität Freiburg,
Rechtsanwalt

Martin Schaad, lic. oec. HSG

Wirtschaftsprüfer und Partner
bei KPMG AG, Zürich

Charlotte Schoder, Dr. iur.

Gerichtsschreiberin am Obergericht Zürich,
Ersatzrichterin am Ober- und Handelsgericht
Zürich, Rechtsanwältin

Martin Schubarth, Prof. Dr. iur.

em. Professor an der Universität Basel,
früherer Bundesrichter,
Avocat-Conseil in Lausanne

Jörg Schwarz, Prof. Dr. iur.

Rechtsanwalt und Notar in Luzern,
Titularprofessor an der Universität Luzern

Hans Vest, Prof. Dr. iur.

em. Professor an der Universität Bern,
Rechtsanwalt

Wolfgang Wohlers, Prof. Dr. iur.

Professor an der Universität Basel,
Rechtsanwalt

Inhaltsübersicht

Vorwort zur zweiten Auflage	VII
Vorwort zur ersten Auflage	IX
Konzeption	XI
Autorenverzeichnis	XV
Inhaltsverzeichnis	XIX
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Teil 1 Grundlagen	1
§ 1 Grundlagen des schweizerischen Wirtschaftsstrafrechts	3
JÜRIG-BEAT ACKERMANN	
§ 2 Europäisches Wirtschaftsstrafrecht – und die Schweiz	21
JÜRIG-BEAT ACKERMANN/BERND HECKER	
Teil 2 Allgemeiner Teil des Wirtschaftsstrafrechts	75
§ 3 Der räumliche und zeitliche Geltungsbereich des nationalen Wirtschaftsstrafrechts	77
ANDREAS EICKER	
§ 4 Tatbestandsmässigkeit	107
JÜRIG-BEAT ACKERMANN	
§ 5 Rechtswidrigkeit	167
MARIANNE JOHANNA LEHMKUHL	
§ 6 Irrtumslehre	179
MARIANNE JOHANNA LEHMKUHL	
§ 7 Täterschaft und Teilnahme	187
MARIANNE JOHANNA LEHMKUHL	
§ 8 Unternehmensstrafrecht	195
MARCEL ALEXANDER NIGGLI/STEFAN MAEDER	
§ 9 Konzernstrafrecht	239
MARTIN SCHUBARTH	
§ 10 Verjährung und Strafantrag	249
MARIANNE JOHANNA LEHMKUHL	
§ 11 Einziehung im Unternehmens- und Wirtschaftsstrafrecht	259
SIMONE NADELHOFER DO CANTO	
§ 12 Wirtschaftsstrafrecht im Lichte allgemeinen Verwaltungsstrafrechts – Ein Überblick	291
ANDREAS EICKER	

Teil 3 Besonderer Teil des Wirtschaftsstrafrechts	311
§ 13 Allgemeine Vermögensdelikte	313
HANS VEST	
§ 14 Finanz- und Kapitalmarktstrafrecht	423
WOLFGANG WOHLERS	
§ 15 Geldwäschereistrafrecht	475
JÜRIG-BEAT ACKERMANN	
§ 16 Insolvenzstrafrecht	535
DIETER GESSLER/CHARLOTTE SCHODER	
§ 17 Ökonomische Praxis zu Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	593
MARTIN SCHAAD	
§ 18 Rechnungslegungsstrafrecht	609
STEFAN MAEDER	
§ 19 Geheimnisschutz- und Spionagestrafrecht	669
JÖRG SCHWARZ	
§ 20 Wettbewerbsstrafrecht	729
MARCEL ALEXANDER NIGGLI/STEFAN MAEDER	
§ 21 Kartellstrafrecht	753
MARCEL ALEXANDER NIGGLI/CHRISTOF RIEDO	
§ 22 Korruptionsstrafrecht	803
MARK PIETH	
§ 23 Immaterialgüterstrafrecht	847
JÜRIG-BEAT ACKERMANN	
§ 24 Wirtschaftslenkungsstrafrecht	891
MARIANNE JOHANNA LEHMKUHL	
§ 25 Steuerstrafrecht	957
URS R. BEHNISCH	
§ 26 Cyber Economic Crimes	1015
DAMIAN K. GRAF	
 Stichwortverzeichnis	 1081

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	VII
Vorwort zur ersten Auflage	IX
Konzeption	XI
Autorenverzeichnis	XV
Inhaltsübersicht	XVII
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Teil 1 Grundlagen	1
§ 1 Grundlagen des schweizerischen Wirtschaftsstrafrechts	3
I. Einführung	4
A. Gegenstand und Legitimation des Wirtschaftsstrafrechts	4
B. Adaptionen des Wirtschaftsstrafrechts	5
C. Bedeutungszuwachs des Wirtschaftsstrafrechts	6
D. Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	7
1. Wirtschaftsstrafrecht – ein unklarer Begriff	7
2. Strafrecht – ein umstrittener Begriff	9
II. Zusammenhänge im Wirtschaftsstrafrecht	10
A. Wirtschaftsstrafrecht als eine Säule des Wirtschaftsrechts	10
B. Wirtschaftsstrafrecht als Teilgebiet des Strafrechts	10
C. Wirtschaftsstrafrecht und Wirtschaftswissenschaften	11
D. Konvergenz strafrechtlicher und ökonomischer Steuerungsmechanismen	13
III. Akzessorietät im und vom Wirtschaftsstrafrecht	14
A. Begriff der Akzessorietät	14
B. Zivil- oder Verwaltungsrechtsabhängigkeit	14
C. «Umgekehrte» Abhängigkeit von Wirtschaftsstrafrecht	15
D. Wechselseitige internationale Abhängigkeiten und wechselseitiges internationales Zusammenwirken	15
E. Compliance-Programm- bzw. Selbstregulierungsabhängigkeit?	16
1. Bedeutung der Selbstregulierung für das Wirtschaftsstrafrecht ...	16
2. Relevanz für die Individualverantwortlichkeit	17
3. Relevanz für die Unternehmensverantwortlichkeit	17
4. Belastungseffekte von Compliance-Regeln	18
5. Zusammenhang von Selbstregulierungsverfahren und Strafverfahren	18
F. Abhängigkeit von der Wirtschaftsordnung	19
IV. Rechtsquellen und Auslegung des (materiellen) Wirtschaftsstrafrechts	19
A. Rechtsquellen	19
B. Besonderheiten bei der Auslegung	20
§ 2 Europäisches Wirtschaftsstrafrecht – und die Schweiz	21
I. Einleitung	25
II. Grundzüge des EU-Wirtschaftsstrafrechts	27
A. Allgemeines	27
1. Rechtsangleichungs- versus Rechtsetzungskompetenz	28
2. Einwirkung auf nationales Strafrecht	30
3. Transnationales Doppelbestrafungsverbot	32
4. Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem	36
5. Strafbarkeit juristischer Personen	39

B.	Materielles Recht.....	40
1.	Betrugsstrafrecht.....	40
2.	Korruptionsstrafrecht.....	42
3.	Geldwäschereistrafrecht.....	43
4.	Insider- und Marktmanipulationsstrafrecht.....	44
5.	Umwelt(wirtschafts)strafrecht.....	45
6.	Cybercrime.....	46
7.	Organisierte Kriminalität.....	48
C.	Formelles Recht.....	49
1.	Überblick über die transnationale Zusammenarbeit in Strafsachen.....	49
2.	Besondere EU-Institutionen.....	54
III.	Bedeutung des europäischen Wirtschaftsstrafrechts für die Schweiz.....	58
A.	Allgemein.....	58
B.	Materielles Recht.....	60
1.	Betrugsstrafrecht.....	60
2.	Korruptionsstrafrecht.....	61
3.	Geldwäschereistrafrecht.....	62
4.	Insider- und Marktmanipulationsstrafrecht.....	62
5.	Umwelt(wirtschafts)strafrecht.....	63
6.	Lebensmittel(straf)recht.....	63
7.	Cybercrime.....	64
C.	Formelles Recht.....	64
1.	Anbindung über Bilaterale.....	64
2.	Kooperation mit EU-Institutionen.....	68
3.	Rechtshilfe.....	70
4.	Gegenseitige Anerkennung.....	71
IV.	Echtfall.....	72
Teil 2	Allgemeiner Teil des Wirtschaftsstrafrechts.....	75
§ 3	Der räumliche und zeitliche Geltungsbereich des nationalen Wirtschaftsstrafrechts.....	77
I.	Der räumliche Geltungsbereich.....	78
A.	Die Bedeutung des räumlichen Strafanwendungsrechts.....	78
B.	Das räumliche Strafanwendungsrecht in der Theorie.....	80
1.	Inlandstaaten und Unternehmensstrafbarkeit.....	80
2.	Auslandstaaten gegen den Staat.....	82
3.	Andere Auslandstaaten.....	83
4.	Auslandstaaten nach dem Weltrechtsprinzip.....	84
5.	Erledigungs- und Anrechnungsprinzip sowie lex mitior.....	85
6.	Zusammenfassende Übersicht.....	87
C.	Das räumliche Strafanwendungsrecht in der Praxis.....	87
1.	Territorialitätsprinzip als primäre Anknüpfungsgrundlage.....	87
2.	Sukzessive Mittäterschaft.....	88
3.	Mittelbare Täterschaft sowie Absichts- und kupierte Delikte.....	89
4.	Teilnahme, Auslandstat gegen ein Unternehmen und dessen Strafbarkeit.....	91
5.	Verfolgbarkeit wegen Auslandstat, ohne sich hier zu «befinden».....	92
6.	In dubio pro reo sowie Vorbereitung und Versuch.....	92
7.	In dubio pro duriore und Vermögensdisposition als Erfolgsort.....	93
8.	Irrelevanz des Nachtatverhaltens.....	94
9.	Internetkriminalität.....	95
10.	Sammel- und Anschlussdelikte sowie Qualifikationen.....	97
11.	Räumlicher Geltungsbereich des Nebenstrafrechts.....	98

II.	Der zeitliche Geltungsbereich.....	99
A.	Die Bedeutung des zeitlichen Strafanwendungsrechts.....	99
B.	Das zeitliche Strafanwendungsrecht in der Theorie.....	99
1.	Das Rückwirkungsverbot.....	99
2.	Das Rückwirkungsgebot.....	100
C.	Das zeitliche Strafanwendungsrecht in der Praxis.....	102
1.	Änderungen im Sanktionensystem und lex mitior.....	102
2.	Tathandlungen sowohl vor als auch nach strafschärfender Gesetzesänderung.....	103
3.	Teilnahme des Extraneus am Sonderdelikt und Einziehung von Deliktsgut.....	104
4.	Rückwirkungsverbot und Zuständigkeitsvorschriften.....	105
5.	Änderung der Strafbarkeitsvoraussetzungen und lex mitior.....	105
6.	Aufhebung einer Strafnorm und lex mitior sowie «wertneutrale Regelungen» und «Zeitgesetze».....	106
§ 4	Tatbestandsmässigkeit.....	107
I.	Tatbestandslehre im Wirtschaftsstrafrecht.....	110
II.	Besondere Tatbestandstypen.....	112
A.	Blankettstraftatbestände (und Akzessorietät des Wirtschaftsstrafrechts).....	112
1.	Allgemeines.....	112
2.	Typologie der Blankettstraftatbestände.....	114
B.	Tatbestände mit Generalklauseln und Massfiguren.....	118
C.	Tatbestände gegen Schein- und Umgehungsgeschäfte.....	119
III.	Täterkreis.....	121
A.	Sonderdelikte.....	121
B.	Organ- und Vertreterhaftung.....	122
1.	Allgemeine Organ- und Vertreterhaftung (Art. 29 StGB).....	122
2.	Vertreterhaftung als Organisationsmangelhaftung nach Art. 29 StGB i.V.m. Art. 102 Abs. 1 und 2 StGB?.....	123
C.	Garantenstellung bei Überwachungspflichten im Unternehmen.....	125
IV.	Zurechnung.....	126
A.	Unklare Kausalität – unklare Ursachen.....	126
B.	Kausalität bei Gremienentscheidungen.....	127
C.	Sozialadäquanz als Tatbestandsausschlussgrund.....	129
V.	Subjektiver Tatbestand.....	129
A.	Vorsatz allgemein.....	129
B.	Irrtum und Vorsatzgegenstand bei Blanketttatbeständen.....	130
VI.	Deliktsarten.....	132
A.	Abstrakte Gefährdungsdelikte.....	132
1.	Grundlagen und Probleme.....	132
2.	Normbeispiele und Deliktstypen.....	133
B.	Unterlassungsdelikte.....	134
1.	Grundlagen und Probleme.....	134
2.	Unterlassung von Informationspflichten.....	135
3.	Unterlassung von Regulierungsgeboten.....	135
C.	Geschäftsherrenhaftung.....	143
1.	Grund und Grenzen der Geschäftsherrenhaftung.....	143
2.	Geschäftsherrenhaftung am Beispiel der Geldwäscherei.....	151
3.	Compliance Officer als «Geschäftsherr»?.....	158
D.	Untätigkeitsdelikt als Kombinationsdelikt.....	159
1.	Garantenstellung und Garantspflicht.....	160
2.	Täterkreis (Garantenstellung).....	160
3.	Tatbestandsmässiges Verhalten (Verletzung der Garantspflicht).....	162

	4. Hypothetische Kausalität?	163
	5. Bedeutung des Entscheids.....	164
	E. Fahrlässigkeitsdelikte	164
§ 5	Rechtswidrigkeit	167
	I. Einleitung	168
	II. Rechtfertigender Notstand	168
	III. Wahrung berechtigter Interessen	169
	IV. Privatrechtliche Weisungen	175
	V. Einwilligung	175
	VI. Öffentlich-rechtliche Genehmigungen.....	176
§ 6	Irrtumslehre	179
	I. Übersicht	179
	II. Irrtum über die Sachlage.....	180
	III. Irrtum über die Rechtswidrigkeit	182
	IV. Echtfall	185
§ 7	Täterschaft und Teilnahme	187
	I. Übersicht	187
	II. Horizontales Zusammenwirken mehrerer Personen.....	189
	III. Vertikales Zusammenwirken mehrerer Personen	191
§ 8	Unternehmensstrafrecht	195
	I. Einführung.....	198
	A. Schwierigkeiten des Strafrechts in komplexen Strukturen.....	198
	B. Bedeutung in der Schweiz	198
	C. Situation im Ausland	199
	D. Strafrechtliche Haftung in Kollektiven: eine Übersicht	200
	1. Geschäftsherrenhaftung im Kernstrafrecht	201
	2. Geschäftsherrenhaftung nach Art. 6 Abs. 2 VStrR	201
	3. Geschäftsherrenhaftung nach Art. 100 Ziff. 2 Abs. 1 SVG.....	202
	4. Unternehmenshaftung nach Art. 7 VStrR und im Steuerstrafrecht	202
	II. Unternehmensstrafbarkeit im Kernstrafrecht: Art. 102 StGB	202
	A. Deliktssklassifikation	202
	1. Art. 102 StGB als Strafnorm.....	202
	2. Art. 102 StGB als Übertretung.....	207
	3. Die Verjährung von Art. 102 StGB.....	207
	B. Der Unternehmensbegriff von Art. 102 Abs. 4 StGB	209
	1. Juristische Personen des Privatrechts (Art. 102 Abs. 4 lit. a StGB)	209
	2. Juristische Personen des öffentlichen Rechts (Art. 102 Abs. 4 lit. b StGB).....	210
	3. Gesellschaften (Art. 102 Abs. 4 lit. c StGB).....	211
	4. Einzelfirma (Art. 102 Abs. 4 lit. d StGB)	211
	C. Subsidiäre Strafbarkeit (Art. 102 Abs. 1 StGB).....	213
	1. Die Anlasstat.....	213
	2. Begehung «in einem Unternehmen»	214
	3. Begehung «in Ausübung geschäftlicher Verrichtung».....	215
	4. Begehung «im Rahmen des Unternehmenszwecks»	215
	5. Nichtzurechenbarkeit der Anlasstat zu einer natürlichen Person	216
	6. Der Organisationsmangel.....	218
	D. Konkurrierende Strafbarkeit (Art. 102 Abs. 2 StGB).....	219
	1. Allgemeines	219
	2. Die organisatorischen Vorkehren.....	220
	E. Ne bis in idem.....	221

	F.	Strafzumessung (Art. 102 Abs. 3 StGB).....	222
		1. Zumessung der Busse	222
		2. Strafmilderung und -befreiung.....	224
		3. (Teil-)Bedingter Strafvollzug.....	225
		4. Nichtbezahlung der Busse.....	225
		5. Massnahmen	225
	G.	Konkurrenzen	226
III.		Prozessuale Fragen	226
	A.	Das Unternehmen als Beschuldigter im Strafverfahren	226
		1. Der Unternehmensvertreter (Art. 112 Abs. 1–3 StPO).....	226
		2. Der Verteidiger	227
		3. Rechte und Pflichten des Unternehmens im Strafverfahren.....	228
	B.	Einzelfragen.....	228
		1. Örtlicher Geltungsbereich und Gerichtsstand	228
		2. Strafantrag	229
		3. Herausgabepflicht bei der strafprozessualen Beschlagnahme	229
		4. Opportunitätsprinzip	229
IV.		Echtfälle	230
	A.	Opportunitätsprinzip und Unternehmensstrafbarkeit	230
	B.	Verantwortlichkeit der Generalunternehmerin für ihre Subunternehmer	230
	C.	Bestechung fremder Amtsträger im Ausland (Alstom Network Schweiz AG).....	231
	D.	Unbekannter Fahrer eines Firmenfahrzeugs.....	232
	E.	Geldwäscherei (Schweizerische Post).....	233
	F.	Ordnungsbussen/Halterhaftung.....	236
§ 9		Konzernstrafrecht	239
	I.	Einleitung	240
	II.	Ausgewählte Fragen	241
		A. Verdeckte Vorteilszuwendungen im Rahmen konzerninterner Transaktionen	241
		1. Aktienrechtliche Schranke 1: Minderheitenschutz.....	241
		2. Aktienrechtliche Schranke 2: Gläubigerschutz	242
		B. Konzernsanierung.....	243
		C. Geheimhaltungspflichten im Konzern	244
		D. Strafrechtliche Konzernunternehmenshaftung.....	245
		1. Subsidiäre Haftung	245
		2. Primäre Haftung.....	245
		3. Kartellrechtliche Konzernhaftung.....	246
		E. Retrozessionen innerhalb des Bankenkonzerns	246
		F. Konzernrechtliches Vergütungsverbot.....	247
§ 10		Verjährung und Strafantrag	249
	I.	Verjährung.....	249
	II.	Strafantrag	256
§ 11		Einziehung im Unternehmens- und Wirtschaftsstrafrecht	259
	I.	Überblick.....	260
	II.	Allgemeines.....	262
		A. Gesetzliche Grundlagen.....	262
		B. Praktische Bedeutung	264
		C. Normzweck/Rechtsnatur.....	266
		1. Normzweck.....	266
		2. Rechtsnatur	267
	III.	Voraussetzungen der Vermögenseinziehung im Einzelnen	268
		A. Anlasstat	269
		B. Kausalzusammenhang	269

C.	Vermögenswert.....	272
1.	Wertmässige Vorteilsbestimmung.....	273
2.	Konkret einziehbare Vermögenswerte.....	277
3.	Einziehung einer Ersatzforderung (Art. 71 StGB).....	278
IV.	Einziehung bei tatunbeteiligten Dritten.....	282
A.	Allgemeines.....	282
B.	Direkt begünstigte Dritte.....	282
C.	Bei Kenntnis der Einziehungsgründe.....	283
D.	Ketteneinziehung.....	284
V.	Stellung des Geschädigten.....	285
A.	Direkte Herausgabe an den Verletzten (Art. 70 Abs. 1 <i>i.f.</i> StGB).....	285
B.	Verwendung zugunsten des Geschädigten (Art. 73 Abs. 1 lit. b oder c StGB).....	287
§ 12	Wirtschaftsstrafrecht im Lichte allgemeinen Verwaltungsstrafrechts – Ein Überblick	291
I.	Einleitung.....	292
II.	Geltungsbereich des VStrR und Anwendbarkeit des StGB-AT.....	293
III.	Abweichungen vom Allgemeinen Teil des StGB.....	294
A.	Besondere Deliktskategorie Ordnungswidrigkeit.....	294
B.	Strafverfolgung Jugendlicher.....	295
C.	Anstiftung und Gehilfenschaft.....	296
D.	Geschäftsherren- und Organhaftung.....	296
E.	Stellvertretende Haftung des Unternehmens.....	299
F.	Strafzumessung.....	302
G.	Umwandlung von Bussen und Geldstrafen.....	303
H.	Konkurrenzregeln.....	305
I.	Verjährung.....	306
IV.	Sonderregeln im Allgemeinen Teil des VStrR.....	308
A.	Leistungs- und Rückleistungspflicht.....	308
B.	Selbstanzeige und Amnestie.....	309
C.	Gemischtwirtschaftliche und privatrechtliche Organisationen.....	310
Teil 3	Besonderer Teil des Wirtschaftsstrafrechts	311
§ 13	Allgemeine Vermögensdelikte	313
I.	Einleitung, Übersicht, Praktische Bedeutung.....	320
A.	Regelungsgegenstand und System des Vermögensstrafrechts.....	320
B.	Übersicht.....	321
C.	Praktische Bedeutung der Normen.....	321
II.	Internationale, europäische und schweizerische Rahmenbedingungen.....	322
III.	Rechtsgüterschutz.....	322
IV.	Strafbarkeitsvoraussetzungen und Grundgedanken.....	323
A.	Grundgedanken des Gesetzgebers.....	323
B.	Strafbarkeitsvoraussetzungen des Betrugs (Art. 146 StGB).....	323
1.	Objektiver Tatbestand.....	323
2.	Subjektiver Tatbestand.....	378
3.	Qualifikation und Privilegierung.....	380
4.	Konkurrenzen.....	380
5.	Besondere Betrugsarten.....	381
C.	Strafbarkeitsvoraussetzungen der Veruntreuung (Art. 138 StGB).....	381
1.	Die Sachveruntreuung (Art. 138 Ziff. 1 Abs. 1) in objektiver Hinsicht.....	382
2.	Die Vermögensveruntreuung (Art. 138 Ziff. 1 Abs. 2) in objektiver Hinsicht.....	388
3.	Die subjektive Tatseite der Veruntreuung.....	393
4.	Qualifikation und Privilegierung.....	393
5.	Konkurrenzen.....	394

D.	Strafbarkeitsvoraussetzungen der ungetreuen Geschäftsbesorgung (Art. 158 StGB)	394
1.	Der Treubruchtatbestand (Art. 158 Ziff. 1) in objektiver Hinsicht	395
2.	Der Missbrauchstatbestand (Art. 158 Ziff. 2) in objektiver Hinsicht.....	405
3.	Die subjektive Tatseite der ungetreuen Geschäftsbesorgung	408
4.	Privilegierung	408
5.	Konkurrenzen	408
E.	Strafbarkeitsvoraussetzungen des Wuchers (Art. 157 StGB).....	408
1.	Der «direkte» Wucher (Art. 157 Ziff. 1 Abs. 1) in objektiver Hinsicht.....	409
2.	Der Nachwucher (Art. 157 Ziff. 1 Abs. 2) in objektiver Hinsicht.	414
3.	Die subjektive Tatseite des Wuchers	415
4.	Qualifikation und Privilegierung.....	415
5.	Konkurrenzen	416
V.	Echtfälle	416
A.	Betrugstatbestand (Art. 146 StGB).....	416
1.	Anlagebetrug mittels «Churning».....	416
2.	Wash-Wash-Betrug.....	417
B.	Darlehensveruntreuung.....	418
C.	Ungetreue Geschäftsbesorgung.....	419
VI.	Praktische Fragen und Fragen der Amts- und Rechtshilfe.....	420
VII.	Schwächen und Reformen	421
§ 14	Finanz- und Kapitalmarktstrafrecht	423
I.	Einleitung, Übersicht und praktische Bedeutung.....	426
A.	Der Regelungsgegenstand des Finanz- und Kapitalmarktstrafrechts	426
1.	Das Verhalten der Teilnehmer am Kapitalmarkt als Regelungsgegenstand der Kapitalmarktdelikte	426
2.	Die Tätigkeit der Anbieter von Finanzmarktdienstleistungen als Regelungsgegenstand der Finanzmarktdelikte.....	428
B.	Übersicht.....	429
C.	Praktische Bedeutung der Normen	430
II.	Internationale, europäische und schweizerische Rahmenbedingungen.....	432
III.	Rechtsgüterschutz.....	433
A.	Das durch den Insiderstrafatbestand geschützte Rechtsgut	433
B.	Das durch den Straftatbestand der Kursmanipulation geschützte Rechtsgut	435
C.	Das durch die Finanzmarktdelikte geschützte Rechtsgut	436
IV.	Strafbarkeitsvoraussetzungen und Grundgedanken	436
A.	Grundgedanken des Gesetzgebers	436
B.	Strafbarkeitsvoraussetzungen des Insiderstrafatbestands (Art. 161 aStGB/Art. 40 BEHG).....	437
1.	Die Strafbarkeit des Insiders im engeren Sinne (Art. 154 Abs. 1 FinfraG).....	438
2.	Die Strafbarkeit des Tippnehmers und des Deliktinsiders (Sekundärinsider; Art. 154 Abs. 3 FinfraG).....	454
3.	Die Strafbarkeit sonstiger Personen (Zufallsinsider; Art. 154 Abs. 4 FinfraG).....	456
4.	Konkurrenzen	457
5.	Anwendbarkeit des schweizerischen Rechts auf Fälle mit Auslandsbezug.....	457
C.	Strafbarkeitsvoraussetzungen der Kursmanipulation (Art. 155 FinfraG).....	458
1.	Der Informationstatbestand (Art 155 Abs. 1 lit. a BEHG) in objektiver Hinsicht.....	458

2.	Der Transaktionstatbestand (Art 155 Abs. 1 lit. b FinfraG) in objektiver Hinsicht.....	460
3.	Die subjektive Tatseite der Kursmanipulation	461
4.	Konkurrenzen	463
5.	Anwendbarkeit des schweizerischen Rechts auf Fälle mit Auslandsbezug.....	464
D.	Die Finanzmarktdelikte.....	464
1.	Übersicht über die Systematik der Finanzmarktdelikte.....	464
2.	Ausübung bewilligungspflichtiger Tätigkeiten ohne Bewilligung (Art. 44 FINMAG).....	465
3.	Zuwiderhandlungen gegen Verfügungen der Aufsichtsbehörde (Art. 48 FINMAG).....	466
4.	Missachtung von Meldepflichten (Art. 151 FinfraG).....	467
V.	Echtfälle	468
A.	Due Diligence und Insiderrecht	468
B.	Scalping sowie «Öffentlichkeitsarbeit» von Unternehmensmitarbeitern und -inhabern.....	470
VI.	Rechtshilfe in Strafsachen bei Insiderhandel und Kursmanipulation.....	471
VII.	Schwächen und Reform der Börsendelikte	473
§ 15	Geldwäschereistrafrecht	475
I.	Einleitung, Übersicht und praktische Bedeutung.....	479
II.	Internationale, europäische und schweizerische Rahmenbedingungen.....	480
A.	Geldwäscherei als internationales Phänomen	480
B.	Geldwäscherei nach schweizerischem Konzept.....	481
III.	Rechtsgüterschutz.....	482
IV.	Strafbarkeitsvoraussetzungen und Grundgedanken	483
A.	Objektiver Tatbestand.....	484
1.	Täterkreis.....	484
2.	Vortaten (Haupttaten)	487
3.	Tatobjekt.....	500
4.	Tathandlung.....	505
B.	Subjektiver Tatbestand	517
1.	Vorsatz und Tatobjekt.....	517
2.	Vorsatz und Tathandlung.....	519
C.	«Schwere Fälle» (Art. 305 ^{bis} Ziff. 2 StGB).....	520
1.	Als Mitglied einer Verbrechensorganisation (Art. 305 ^{bis} Ziff. 2 Abs. 2 lit. a StGB).....	520
2.	Bandenmässige Tatbegehung (Art. 305 ^{bis} Ziff. 2 Abs. 2 lit. b StGB).....	520
3.	Gewerbsmässige Tatbegehung mit mengenmässiger Qualifikation (Art. 305 ^{bis} Ziff. 2 Abs. 2 lit. c StGB).....	521
4.	Weitere «schwere Fälle» («insbesondere»).....	521
D.	Untauglicher Versuch	522
1.	Fehlen der Vortat	522
2.	Nachträglicher Wegfall der Einziehungsvoraussetzungen	523
3.	Untauglichkeit der Tathandlung.....	524
V.	Echtfälle	524
VI.	Praktische Fragen/Fragen der Amts- und Rechtshilfe.....	525
A.	Fragen zum Beweis und zu Beweiserleichterungen.....	525
1.	Beweislast und Beweiserleichterung.....	525
2.	Nachweis der Vortat und des Vortatkonnexes	526
3.	Nachweis des Vorsatzes.....	529
B.	Verjährung.....	530
VII.	Schwächen und Reformen	531
A.	Schwächen.....	531
B.	Reformen.....	532

§ 16	Insolvenzstrafrecht	535
	I. Einleitung, Übersicht und praktische Bedeutung.....	537
	II. Internationale, europäische und schweizerische Rahmenbedingungen.....	540
	III. Rechtsgüterschutz.....	542
	IV. Strafbarkeitsvoraussetzungen und Grundgedanken.....	542
	A. Allgemeines.....	542
	1. Objektive Strafbarkeitsbedingung.....	543
	2. Zentrale Bedeutung der Rechnungslegung in der Unternehmenskrise.....	544
	3. Verhalten bei drohender Überschuldung.....	548
	4. Verhältnis zum Zivilrecht.....	551
	B. Betrügerischer Konkurs und Pfändungsbetrug (Art. 163 StGB).....	553
	1. Objektiver Tatbestand.....	553
	2. Subjektiver Tatbestand.....	556
	3. Weitere Fragen.....	558
	C. Gläubigerschädigung durch Vermögensminderung (Art. 164 StGB)....	559
	1. Objektiver Tatbestand.....	559
	2. Subjektiver Tatbestand.....	562
	3. Weitere Fragen.....	562
	D. Misswirtschaft (Art. 165 StGB).....	563
	1. Objektiver Tatbestand.....	563
	2. Subjektiver Tatbestand.....	565
	3. Kasuistik zu den einzelnen Tatbestandsvarianten.....	566
	4. Weitere Fragen.....	573
	E. Bevorzugung eines Gläubigers (Art. 167 StGB).....	573
	1. Objektiver Tatbestand.....	573
	2. Subjektiver Tatbestand.....	579
	3. Weitere Fragen.....	580
	F. Weitere Insolvenzdelikte.....	581
	1. Bestechung bei Zwangsvollstreckung (Art. 168 StGB).....	581
	2. Verfügung über mit Beschlag belegte Vermögenswerte (Art. 169 StGB).....	581
	3. Erschleichung eines gerichtlichen Nachlassvertrages (Art. 170 StGB).....	583
	4. Ungehorsam im Betreibungs- und Konkursverfahren (Art. 323/324 StGB).....	583
	V. Echtfälle.....	584
	VI. Praktische Fragen/Fragen der Amts- und Rechtshilfe.....	586
	A. Rechtshilfe.....	586
	B. Strafprozessuale Schwierigkeiten und Besonderheiten.....	587
	VII. Schwächen und Reformen.....	590
§ 17	Ökonomische Praxis zu Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	593
	I. Definitionen.....	594
	A. Kernbegriffe des Insolvenzstrafrechts.....	594
	B. Zahlungsunfähigkeit.....	595
	C. Überschuldung.....	596
	D. Zusammenhang zwischen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung....	596
	II. Objektive Anzeichen in der Praxis.....	598
	A. Zahlungsunfähigkeit.....	598
	1. Geldflussrechnung.....	598
	2. Liquiditätsplan.....	599
	B. Überschuldung.....	600
	1. Einzelunternehmen.....	600
	2. Konzernverhältnisse.....	603
	III. Pflichten des Verwaltungsrates und der Revisionsstelle gemäss Obligationenrecht.....	604
	A. Strafrechtliche Relevanz.....	604

	B. Zahlungsunfähigkeit	605
	1. Finanzplanung und Finanzkontrolle	605
	2. Begründete Besorgnis einer Zahlungsunfähigkeit	605
	C. Überschuldung	606
	1. Hälfziger Kapitalverlust als Vorstufe	606
	2. Problematik der begründeten Besorgnis einer Überschuldung	607
	3. Zwischenbilanz zu Fortführungs- und zu Veräusserungswerten	607
§ 18	Rechnungslegungsstrafrecht	609
	I. Einleitung, Übersicht und praktische Bedeutung	612
	1. Einleitung und Übersicht	612
	2. Praktische Bedeutung	613
	II. Internationale, europäische und schweizerische Rahmenbedingungen	615
	III. Rechtsgüterschutz	616
	IV. Strafbarkeitsvoraussetzungen und Grundgedanken	616
	A. Grundsätzliches zum Rechnungslegungsrecht	616
	1. Buchführung, Rechnungslegung und Rechnungslegungsstrafrecht	616
	2. Zweck der Rechnungslegung – ein Zielkonflikt	618
	3. Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung und Rechnungs- legung im Überblick	620
	4. Wie zuverlässig ist «zuverlässig»? Wahrheit und Vorsicht	621
	B. Anwendbarkeit des allgemeinen Teils des StGB und des VStrR	626
	C. Rechnungslegungsdelikte i.e.S.	628
	1. Unterlassung der Buchführung (Art. 166 StGB)	628
	2. Ordnungswidrige Führung der Geschäftsbücher (Art. 325 StGB)	635
	3. Art. 46 BankG	638
	4. Art. 148 KAG	643
	5. Art. 86 VAG	646
	6. Finanzmarkt: weitere Hinweise und aktuellste Entwicklung	649
	7. Erschleichung eines gerichtlichen Nachlassvertrags (Art. 170 StGB)	652
	D. Rechnungslegungsdelikte i.w.S.	653
	1. Unwahre Angaben über kaufmännische Gewerbe (Art. 152 StGB)	653
	2. Misswirtschaft (Art. 165 StGB)	655
	3. Urkundenfälschung (Art. 251 StGB)	656
	V. Echtfälle	661
	A. BGE 131 IV 56: nicht aufbewahrte Geschäftsbücher	661
	B. BGE 138 IV 130: Falschbeurkundung bei Rechnungsstellung	662
	VI. Praktische Fragen	665
	VII. Schwächen und Reformen	666
§ 19	Geheimnisschutz- und Spionagestrafrecht	669
	I. Einleitung, Übersicht und praktische Bedeutung	672
	A. Einleitung	672
	1. Geheimnisschutz	672
	2. Spionage	673
	B. Übersicht	674
	C. Praktische Bedeutung	674
	1. Fabrikations- und Geschäftsgeheimnis	674
	2. Kundengeheimnis bei Banken, Finanzinstituten und Finanzmarktinfrastrukturen	674
	3. Staatsschutzdelikte	675
	II. Internationale, europäische und schweizerische Rahmenbedingungen	676
	A. Ausländische Regelungen	676
	B. Schweizerische Rahmenbedingungen/Gerichtsbarkeit	677

III.	Rechtsgüterschutz.....	677
A.	Geheimnisschutz.....	677
1.	Verletzung des Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisses (Art. 162 StGB).....	677
2.	Verletzung des Bankgeheimnisses (Art. 47 BankG) sowie Verletzung des Berufsgeheimnisses des Finanzinstituts (Art. 69 FINIG) und der Finanzmarktinfrastruktur (Art. 147 FinfraG).....	678
B.	Spionage.....	680
1.	Wirtschaftlicher Nachrichtendienst (Art. 273 StGB).....	680
2.	Handeln für einen fremden Staat (Art. 271 Ziff. 1 StGB).....	680
IV.	Strafbarkeitsvoraussetzungen und Grundgedanken.....	681
A.	Das strafrechtlich relevante Geheimnis.....	681
B.	Verletzung des Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses (Art. 162 StGB).....	683
1.	Der Straftatbestand von Art. 162 StGB.....	683
2.	Objektiver Tatbestand.....	683
3.	Subjektiver Tatbestand.....	686
4.	Antragsdelikt.....	686
5.	Strafe.....	686
6.	Konkurrenzen.....	687
C.	Verletzung des Bankgeheimnisses (Art. 47 BankG).....	687
1.	Der Straftatbestand von Art. 47 BankG.....	687
2.	Objektiver Tatbestand.....	688
3.	Subjektiver Tatbestand.....	693
4.	Einschränkungen der Pflicht zur Geheimhaltung.....	694
5.	Offizialdelikt.....	699
6.	Strafe.....	699
7.	Konkurrenzen.....	699
8.	Auslandstat.....	700
D.	Verletzung des Berufsgeheimnisses des Finanzinstituts (Art. 69 FINIG).....	702
1.	Einleitung.....	702
2.	Der Straftatbestand von Art. 69 FINIG.....	702
3.	Objektiver Tatbestand.....	703
4.	Subjektiver Tatbestand.....	704
5.	Einschränkungen der Pflicht zur Geheimhaltung.....	704
6.	Offizialdelikt.....	704
7.	Strafe.....	704
8.	Konkurrenzen.....	705
9.	Auslandstat.....	705
E.	Verletzung des Berufsgeheimnisses der Finanzmarktinfrastruktur (Art. 147 FinfraG).....	705
1.	Einleitung.....	705
2.	Der Straftatbestand von Art. 147 FinfraG.....	705
3.	Objektiver Tatbestand.....	706
4.	Subjektiver Tatbestand.....	707
5.	Einschränkungen der Pflicht zur Geheimhaltung.....	707
6.	Offizialdelikt.....	707
7.	Strafe.....	707
8.	Auslandstat.....	708
F.	Wirtschaftlicher Nachrichtendienst (Art. 273 StGB).....	708
1.	Der Straftatbestand von Art. 273 StGB.....	708
2.	Objektiver Tatbestand.....	708
3.	Die Destinatäre.....	713
4.	Subjektiver Tatbestand.....	714
5.	Offizialdelikt.....	714

6.	Strafe.....	714
7.	Konkurrenzen	715
8.	Auslandstat	715
G.	Verbotene Handlungen für einen fremden Staat (Art. 271 Ziff. 1 StGB).....	716
1.	Straftatbestand von Art. 271 Ziff. 1 StGB.....	716
2.	Objektiver Tatbestand.....	717
3.	Subjektiver Tatbestand.....	721
4.	Offizialdelikt.....	721
5.	Strafe.....	722
6.	Konkurrenzen	722
7.	Auslandstat	722
V.	Echtfälle	723
A.	Verletzung des Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses (Art. 162 StGB)	723
B.	Verletzung des Bankgeheimnisses (Art. 47 BankG) bzw. des Berufsgeheimnisses des Finanzinstituts (Art. 69 FINIG) oder der Finanzmarktinfrastruktur (Art. 147 FinfraG).....	723
C.	Wirtschaftlicher Nachrichtendienst (Art. 273 StGB)	725
D.	Handeln für einen fremden Staat (Art. 271 Ziff. 1 StGB).....	725
VI.	Schwächen der aktuellen Straftatbestände	726
A.	Verletzung des Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses (Art. 162 StGB)	726
B.	Verletzung des Bankgeheimnisses (Art. 47 BankG) und des Berufsgeheimnisses des Finanzinstituts (Art. 69 FINIG) bzw. der Finanzmarktinfrastruktur (Art. 147 FinfraG).....	726
C.	Spionagedelikte	726
1.	Art. 271 StGB	726
2.	Art. 273 StGB.....	727
§ 20	Wettbewerbsstrafrecht	729
I.	Einleitung, Übersicht und praktische Bedeutung.....	730
II.	Internationale, europäische und schweizerische Rahmenbedingungen.....	731
III.	Rechtsgüterschutz.....	731
IV.	Strafbarkeitsvoraussetzungen und Grundgedanken	732
A.	Unlauterer Wettbewerb (Art. 23 UWG).....	733
1.	Allgemeines und Deliktsklassifikation.....	733
2.	Objektiver Tatbestand.....	734
3.	Subjektiver Tatbestand.....	740
4.	Sanktionen	741
5.	Art. 23 UWG als Antragsdelikt.....	741
B.	Verletzung der Pflicht zur Preisbekanntgabe an Konsumenten (Art. 24 UWG).....	744
1.	Allgemeines und Deliktsklassifikation.....	744
2.	Objektiver Tatbestand.....	744
3.	Subjektiver Tatbestand.....	745
4.	Sanktionen	745
C.	Exkurs: Warenfälschung (Art. 155 StGB)	745
1.	Allgemeines	745
2.	Objektiver Tatbestand.....	746
3.	Subjektiver Tatbestand.....	747
4.	Sanktion und Qualifikation	747
5.	Konkurrenzen	747
V.	Echtfall: BGE 124 IV 262 («Chirurgi»)	747
VI.	Praktische Fragen	748
VII.	Schwächen.....	749